



KOMMENTAR

Von den Grünen nichts Neues

Auf der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode beschäftigte sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern noch einmal mit den Problemen der Landespolizei. In einer aktuellen Stunde, die auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion durchgeführt wurde, kam es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Parteien. Nun gut, im Vorwahlkampf war auch nichts anderes zu erwarten. Aber was einige Redner dann inhaltlich anboten, das war schon starker Tobak. Die CDU stellte noch einmal die Auswirkungen des Personalentwicklungskonzeptes (PEK) einer rot-roten Landesregierung dar und sicherte der Landespolizei erhebliche Verbesserungen zu.

Ich denke, dieser Exkurs in die Vergangenheit war wieder einmal dringend notwendig. Vielen Abgeordneten scheint nicht bewusst zu sein, welche Auswirkungen dieses Konzept noch heute hat. Der Abbau von fast 1000 Stellen bei der Landespolizei oder die „Beförderungsinitiative“, die ein Staatssekretär Bosh entwickelte, fallen uns noch heute, 15 Jahre später, täglich auf die Füße. Die SPD blieb ihrer jahrelang gepflegten Linie treu und sieht die Lösung unserer Probleme in der Entlastung von artfremden Tätigkeiten. Nun gut, warum sollte die SPD auch

gegen die eigene Vergangenheit wettren. Den Bock schossen aber wieder einmal die Grünen ab, deren Redner Johannes Saalfeldt der Polizei unterstellte, dass diese die Belastung künstlich hochhalte, damit sie mehr Personal fordern kann. Bei einer derartigen Position fehlen sogar mir die Worte. Deshalb lasse ich diese Auffassung auch unkommentiert. Was ihr von den Parteien demnächst erwarten könnt, haben wir für euch zusammengetragen. Informiert euch. Bildet euch eure Meinung und geht auf jeden Fall wählen.

Euer Christian Schumacher



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

TERMINE

Polizeifeste

Der Große Bürger- und Polizeiball der Kreisgruppe Nordwest-Mecklenburg findet am 5. November 2016 statt.

Der 21. Bürger- und Polizeiball der Kreisgruppe Rostock findet am 26. November 2016 statt.

Das 23. Polizei- und Bürgerfest der Kreisgruppe Neubrandenburg findet am 22. April 2017 statt.



Deutschlands Kriminelle freuen sich: In den letzten Jahren wurden 16.000 Stellen bei der Polizei gestrichen. Schluss damit! Unterstützen Sie uns:

wir-brauchen-verstaerkung.info



Gewerkschaft der Polizei



NDR 1 Radio MV „Forum Aktuell“ über die Situation der Landespolizei

Die Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern schlägt Alarm. Aufgrund der Überalterung der Landespolizei, des Stellenabbaus und den ständigen Sondereinsätzen ist die Polizei an den Gren-



Die Gremien-News

1 | 2 | 3 | 4 | 5 | > >>

NDR 1 Radio M-V „Forum Aktuell“ über die Situation der Landespolizei

28. Juli 2016 Die Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern schlägt Alarm. Aufgrund der Überalterung der Landespolizei, des Stellenabbaus und den ständigen Sondereinsätzen ist die Polizei an den Grenzen der Belastbarkeit angekommen. Grund genug für NDR 1 Radio M-V sich des Themas in seiner Sendung „Forum Aktuell“ anzunehmen. mehr...

Suche

Deutsche Polizei
Landesjournal der GdP Mecklenburg-Vorpommern
Bundesteil

GdP - BEITRITTSERKLÄRUNG

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe September 2016 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 4. 8. 2016. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

zen der Belastbarkeit angekommen. Grund genug für NDR 1 Radio M-V sich des Themas in seiner Sendung „Forum Aktuell“ anzunehmen.

In der Sendung am 21. 6. 2016 berichteten unter anderem Waldemar Skrocki, Klaus-Dieter Bruns und der Landesvorsitzende Christian Schumacher anschaulich über die aktuelle Situation der Landespolizei. Waren es vor Jahren nur wenige

Dienststellen, die unter dem fehlenden Personal zu leiden hatten, so ist es inzwischen ein flächendeckendes Problem geworden.

„Da gibt es nichts zu beschönigen. Hier muss Klartext geredet werden,“ so Schumacher. Und weiter: „Wir erwarten von den Parteien, gerade weil wir dieses Jahr Landtagswahlen haben, nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern klare und deutliche Aussagen, wie es für die Polizei im Land weitergehen soll.“



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook

Klickt Euch „rein“ werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.



www.facebook.com/gdp.mv

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin,
oder:**
– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de



DER LANDESVORSTAND

Wer schützt die, die andere schützen?

– Urteil des BVerfG: Anti-Polizei-Slogan „All Cops Are Bastards (A.C.A.B.)“ nicht generell strafbar –

„Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) muss man akzeptieren. Wer aber jetzt glaubt, Polizistinnen und Polizisten jederzeit mit „A.C.A.B.“ beleidigen zu können, ist schief gewickelt,“ so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

Was war passiert? Sogenannte „Fußballfans“ verwendeten während eines Spiels das Kürzel „A.C.A.B.“. Die dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen empfanden dies als beleidigend und stellten Strafanzeige.

Die Täter wurden verurteilt. Das angerufene Bundesverfassungsgericht hob die Urteile auf, da es im konkreten Fall von straflosen Kollektivbeleidigungen ausgeht.



„Meine Kolleginnen und Kollegen werden tagtäglich mit zunehmender Gewalt und Hass konfrontiert. Vom Verwenden des Kürzels ‚A.C.A.B.‘ bis zur Durchführung einer strafbaren Handlung gegen die Polizei ist es oft nur ein kurzer Weg. Deshalb betrachte ich die Entschei-

dung des Bundesverfassungsgerichts mit großer Sorge. Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir die politischen Entscheidungsträger auf, sich klar und deutlich zur Polizei zu bekennen! Polizisten sind keine Bastards!“, so Schumacher abschließend.

LESERBRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wundere mich, dass es überhaupt noch Menschen gibt, die Polizisten sind, bleiben oder werden wollen. Dieses Urteil ist eine Unverschämtheit sondergleichen, ein typisches Beispiel von juristischer Rabulistik. Hätten unsere ach so verständnisvollen Richter auch so geurteilt, wenn es geheißsen hätte „A.P.A.B.“ (All Politicians Are Bastards – was der Wahrheit näher kommt) oder A.J.A.B. (All Judges Are Bastards) oder womöglich „A.R.A.B. (All Refugees Are Bastards)? Unsere Polizisten müssen sich alles Mögliche gefallen lassen, bis hin zur Gewalt (vor allem von Linksradiakalen und -extremen, was immer so gern verschwiegen wird), sind unterbesetzt und überlastet, sind vergleichsweise mies bezahlt, riskieren Gesundheit und Leben, schützen uns (im Gegensatz zu den Politikern, die alle Kriminellen dieser Welt (OK, Terroristen, Banden, kriminelle Invasoren ...) zu uns reinlassen und ziemlich hilf- und tatenlos sind) – und dann so ein unverschämtes Urteil seitens einer staatlichen Institution! Das ist ein Freibrief für alle, die bewusst aggressiv, beleidigend und gewalttätig gegen die Polizei vorgehen. Da beschwert man sich tagtäglich und wundert sich seitens der offiziellen Stellen über die Zunahme von Hass, Gewalt, Schmähungen usw. – und dann solch ein Urteil! Das passt doch!

Als Bürgerin verwahre ich mich dagegen, dass dieses Urteil – wie üblich – auch in meinem Namen („Im Namen des Volkes“) gefällt wurde. Das BVG sollte sich schämen, es reicht langsam mit seinen Urteilen (das letzte gegen bzw. für die EZB war ja schon wieder „allererste Sahne“, im Kotau vor der Politik und dem EuGH). Niemand, aber auch niemand muss sich wundern, wenn Bürger langsam die Nase voll haben von diesem Staat und seinen Institutionen. Vielleicht sollten sich die Richter/-innen einmal aus ihren gut bezahlten, sicheren, bequemen – und (offensichtlich) im weltfremden Nirwana angesiedelten – Beamtensesseln erheben und in die Niederungen des Alltags abtauchen, um gerechte, dem Gesetz entsprechende, realitätsnahe Urteile fällen zu können. Und vielleicht werden Sie auch einmal Zielscheibe solcher widerlichen Angriffe, um in Zukunft zu wissen und zu verstehen, dass so etwas sehr wohl eine Beleidigung für jeden Einzelnen ist.

**Mit freundlichen Grüßen,
Ute Vogt, Schossin**



Vergleich der Landtagswahlprogramme

Welche Partei im Nordosten ist für den sinnvollen Einsatz von Polizeikräften, welche gegen Vorratsdatenspeicherung? Wer fordert eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten? Wer tritt für die Abkehr vom BBL ein? Welche Partei sagt, sie möchte einen Stellenzuwachs? Diese Fragen können wichtig für die Wahlentscheidung sein. Wir haben uns die Wahlprogramme aller demokratischen Parteien genauer angesehen, die entweder bereits im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern vertreten sind oder in den Umfragen der letzten zwei Monate im Schnitt mindestens bei vier Prozent liegen. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern findet am 4. September 2016 statt.

SPD:

Das SPD-„Regierungsprogramm“, nicht Wahlprogramm, kommt leider wieder hinreichend unbestimmt daher. Ob Sicherung einer erforderlichen Personalausstattung oder Unterstützung der professionellen und effektiven Arbeit unserer Polizei. Das war auch schon so oder ähnlich bei Gottfried Timm zu lesen und führte zum massiven Stellenabbau bei der Landespolizei.



Mecklenburg-Vorpommern

gesetzlichen Grundlagen zur Unterstützung der Polizei.

Fazit:

Nach wie vor ist nicht zu erkennen, welchen Stellenwert Polizei und innere Sicherheit bei der SPD genießen.



Schlecht

CDU:

Mit der Erhöhung des Polizeivollzugsdienstes um weitere 555 Stellen PVD auf 6355 Stellen würde der Stellenabbau der letzten 15 Jahre wieder auf Null zurückgedreht. Der Einsatz in den Polizeireviere ist konsequent, zumal der Raubbau dort stattfand. Auch



mit der Abkehr vom BBL wird einer Forderung der GdP gefolgt. Die CDU ist konsequent gegen eine Kennzeichnungspflicht und unterstützt ebenso unsere Forderungen zum Schutz der Beamten und ihrer Familien gegen Gewalt.

Personalentwicklung in der Landespolizei

– Mehr Polizei, mehr Innere Sicherheit: Erhöhung der Vollzugsstellen um 555 auf 6355.

- Stellen sollen auf alle 37 Polizeireviere verteilt werden (15 zusätzlich pro PR).
- Zusätzliche Stellen gehobener Dienst und bessere Aufstiegsmöglichkeiten.
- Unverzögliche Erweiterung der Ausbildung der Neueinstellungen.

Ausstattung/Ausrüstung/Dienststellen/Strukturen

- Sofortprogramm für moderne Polizeidienststellen.
- Die Polizei soll endlich wieder in Eigenregie bauen.
- Ausstattung der Polizei auf höchstem Niveau.

Rechtliche Voraussetzungen für den Polizeidienst

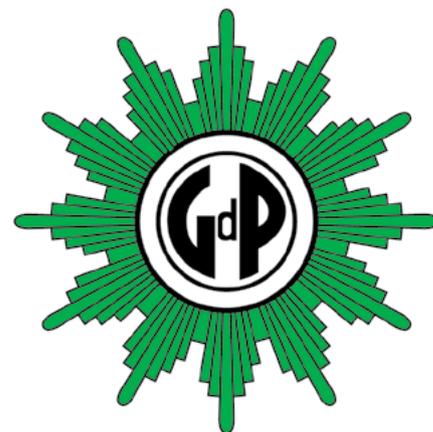
- Keine Kennzeichnung von Polizisten im Dienst.
- Besonderer gesetzlicher Schutz der Polizisten und ihrer Familien vor Übergriffen außerhalb der Dienstzeit.

Fazit:

Wenn der CDU nicht unterwegs in den Koalitionsverhandlungen die Luft ausgeht, ist das Programm für die Polizei gut und voll auf der Linie unserer GdP-Forderungen.



Okay



Personalentwicklung in der Landespolizei

- Sicherung einer erforderlichen Personalausstattung und Überprüfung der Sicherheitskonzepte und Strukturen, damit die Polizei vor Ort ausreichend präsent ist.
- Mehr Polizei auf die Straße. Aufgabenkritische Betrachtung der Polizei. Nachwuchsgewinnung vorantreiben und insbesondere die Förderung von Frauen in polizeilichen Führungspositionen verstärken.

Ausstattung/Ausrüstung/Dienststellen/Strukturen

- Unterstützung der professionellen und effektiven Arbeit unserer Polizei durch moderne Ausrüstung, durch konsequente Aus-, Fort- Weiterbildung

Rechtliche Voraussetzungen für den Polizeidienst

- Schaffung der notwendigen ge-



Vergleich der Landtagswahlprogramme

DIE LINKE.:

DIE LINKE ist für eine Erweiterung des Einstellungskorridors und gegen einen weiteren Stellenabbau. Über die Absicht, die Polizeistrukturen zu optimieren, kann man nur Vermutungen anstellen. Klar ist leider die Position der Linken bei den Instrumenten



erfolgreicher Polizeiarbeit. So soll das SOG geändert (verschlechtert) werden, man ist gegen die TKÜ, Vorratsdatenspeicherung, ... Alles unter der Überschrift „Freiheitsinteressen der Bürger“. Stattdessen soll die Kennzeichnungspflicht (Polizisten unter Generalverdacht gestellt) eingeführt und die Extremismusklausel (Demokratiebekenntnis) abgeschafft werden.

Personalentwicklung in der Landespolizei

- Erweiterung des Einstellungskorridors für Nachwuchskräfte.
- Einführung der Altersteilzeit.
- Kein weiterer Personalabbau.

Ausstattung/Ausrüstung/Dienststellen/Strukturen

- Optimierung der Polizeistruktur im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform.

Rechtliche Voraussetzungen für den Polizeidienst

- Novellierung SOG.
- Ziel: Ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Sicherheits- und Freiheitsinteresse der Allgemeinheit.
 - Polizeirechtliche Telekommunikationsüberwachung oder die polizeiliche Beobachtung sind zu streichen.
 - Verbot der Vorratsdatenspeicherung.
 - Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten.
 - Abschaffung der Extremismusklausel!!

Fazit:

Das Programm hat gute Ansätze, wie z. B. die Wiedereinführung der Altersteilzeit. Verbesserungen werden leider nur allgemein aufgeführt. Bei Lehrern spricht man dagegen ganz konkret von jährlich 250 Neueinstellungen, warum nicht bei der Polizei. Die Novelle des SOG erscheint wie ein Kniefall vor der extremen Linken. Schade!



Geht so

Bündnis 90/Die Grünen:

Leider keine Aussagen zur Situation der Polizei, dafür aber Kennzeichnungspflicht, Cannabisfreigabe und Verbot der Diensthunde bei geschlossenen Einsätzen. Das Sahnehäubchen



grüner Sicherheitspolitik wird die Beschwerdestelle für „Polizeiübergreifend“.

Personalentwicklung in der Landespolizei

- Die Polizei ist in der Fläche zu wenig präsent.
- Polizeikräfte sinnvoll einsetzen.

Ausstattung/Ausrüstung/Dienststellen/Strukturen

- Fußballvereine an den Kosten der Einsätze beteiligen.
- Schwertransporte von privaten Sicherheitsfirmen absichern lassen.
- Freigabe von Cannabis.
- Polizeihunde nicht mehr auf Demonstrationen einzusetzen.

Rechtliche Voraussetzungen für den Polizeidienst

- Numerische Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte.
- Unabhängige Beschwerdestelle für Polizei-Übergreifend.
- Abschaffung der Bestandsdatenhaltung.

Fazit:

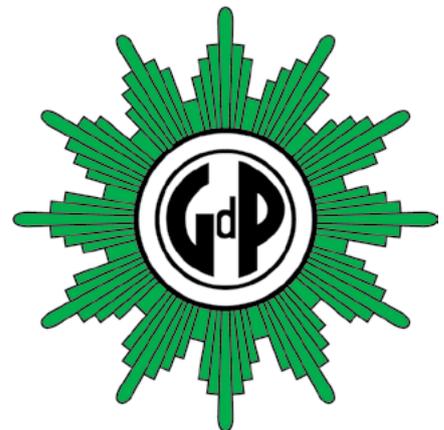
Die Politik der Bündnisgrünen ist im Land noch nicht angekommen. Bei diesem Programm entsteht wieder der Eindruck, die Polizei wäre der Feind. Sicherheitspolitik wird durch tiefes Misstrauen gegen den Staat gekennzeichnet.



Schlecht

17 Parteien:

Wie Landeswahlleiterin Doris Petersen-Goes mitteilt, haben alle 17 Parteien, die vom Landeswahlausschuss am 2. Juni 2016 zur Einreichung von Wahlvorschlägen zugelassen worden sind, Landeslisten fristgerecht eingereicht.



Vergleich der Landtagswahlprogramme

FDP:

Kein weiterer Stellenabbau, Evaluation der Polizei und Entlastung von artfremden Tätigkeiten sind gute Positionen. Ebenso gut die Forderungen nach mehr staatlichem Enga-



gament zum Schutz der Polizei oder der besseren finanziellen Ausstattung. Bei den rechtlichen Instrumentarien soll es leider mehrere Schritte zurückgehen.

Personalentwicklung in der Landespolizei

- Evaluation der Personalschlüssel bei Polizei.
- Kein weiterer Stellenabbau.
- Gute Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten.

Ausstattung/Ausrüstung/ Dienststellen/Strukturen

- Polizei schnellstmöglich von sachfremden und zeitraubenden Verwaltungstätigkeiten entlasten.
- Polizei modern und nach hohem Standard ausrüsten.
- Schutzwesten durch IM.
- Entscheidung der PVB über Vergütung von Überstunden.
- Zahlung von Leistungszulagen.

Rechtliche Voraussetzungen für den Polizeidienst

- Gegen Videoüberwachung, Bestandsdatenauskunft, Onlinedurchsuchung.
- Einsatz von Bodycams.

Fazit:

Ausgewogenes und positiv pro Polizei gestimmtes Programm mit eigenen Haken und Ösen. Leider an den entscheidenden Stellen noch nicht ausreichend konkret.



Geht so

AfD:

Jeder Finanzminister mit etwas gestörtem Verhältnis zur Polizei muss sich für eine Koalition mit der AfD aussprechen. Die ohne Not (!) gemachten Sparvorschläge



sind der Sparknüller schlechthin! Die Landespolizei wird nicht nur auf Schlag wichtige Dienstzweige los, sondern die zur Bundespolizei so versetzten Kollegen verlieren auf Schlag durch den Wechsel mehrere 100 Euro (Heilfürsorge zur Beihilfe) und sind zum Dank auch im ganzen Bundesgebiet einsetzbar. Die dann noch verbleibende Restlandespolizei darf dann noch Kindermädchen für freiwillige Polizisten spielen.

Personalentwicklung in der Landespolizei

- Sofortiger Stopp des Personalabbaus.
- Als Sparvorschlag werden wir prüfen, ob die Bundespolizei die gesamte Wasserschutzpolizei einschließlich der Hubschrauberstaffel, die Bereitschaftspolizei und die Auto-

bahnreviere vom Land übernehmen und weiterbetreiben kann.

Ausstattung/Ausrüstung/ Dienststellen/Strukturen

- 37 Revierstandorte erhalten und die Ausstattung der Landespolizei verbessern.
- Wieder alle Grenzen Deutschlands zu kontrollieren.
- Als Sofortmaßnahme sind mobile Kontrollen in Grenznähe einzurichten.
- Einführung einer Sicherheitswacht zur Unterstützung der Polizei.
- Der Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer erfolgt unter Kontrolle und Anleitung von ausgebildeten Polizeibeamten.

Rechtliche Voraussetzungen für den Polizeidienst

- Keine Bürgerwehren.
- Befürwortung der Videoüberwachung.
- Einführung eines entsprechenden Tatbestandes im StGB zum Schutz der Polizei vor Gewalt.

Fazit:

Bei einer Partei, die mit der inneren Sicherheit wirbt, hätte man mehr erwartet. Gute Ansätze, wie z. B. der Schutz der Polizisten vor Gewalt, der Stopp des Stellenabbaus oder die Erhaltung der Revierstandorte werden durch die anderen Vorschläge zunichte gemacht.. Alleine das Geld, das für Ausbildung, Uniform, Bezahlung (!) und Betreuung der Freiwilligen draufgeht, würde der Polizei vielmehr nutzen.



Schlecht

... auf einen Schlag ...?



KREISGRUPPE ROSTOCK – SENIORENGRUPPE

Beginn der Sommerpause 2016

Zum wiederholten Male traf sich die GdP-Seniorengruppe der KG Rostock am Samstag, dem 18. 6. 2016, um gemeinsam den Sommer 2016 zu begrüßen und nutzten das gute Wetter, um im „Begnienhof“ in der Rostocker Südstadt in gemütlicher Runde beim Grillen zusammen zu sitzen.

Beide Kollegen haben sich in den Jahren ihrer Mitgliedschaft in verschiedenster Form engagiert und engagieren sich noch. Dafür nochmals an dieser Stelle ein Dankeschön.

Der Vorsitzende der KG Rostock-Norbert Warnke- brillierte wieder als Grillmeister und die Kollegin Jana Salzwedel sorgte – wie in den Vorjah-

ren – erneut für leckere Salate und Getränke. Auch für diese beiden ein Dankeschön.

Auch wenn nicht immer alle GdP-Senioren zu den Veranstaltungen kommen können, werden diese immer für geeignete Gesprächsrunden und Erfahrungsaustausche genutzt.

Clarissa Müller

Dieses Treffen war auch gleichzeitig Anlass, GdP-Senioren für ihre langjährige Mitgliedschaft in der GdP zu ehren und ihnen die Urkunden, Ehrennadeln und auch Blumen zu überreichen.

So kann der Ehrenvorsitzende des GdP-Landesseniorenvorstandes- Kollege Hans Wederka- auf 65 stolze Mitgliedsjahre zurückblicken und der Kollege Gerhard Wedel auf 60 Jahre.



DER LANDESVORSTAND

49 junge Polizisten verstärken Landespolizei



Im Namen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern heißt Euch der Landesvorsitzender Christian Schumacher in der Polizei Mecklenburg-Vorpommern willkommen und wünscht Euch ein erfolgreiches Berufsleben, wobei die GdP immer an ihrer Seite steht.

Wenn schon POLIZEI in M-V



**dann auch
GdP im M-V**



Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!



Danke für 40 Jahre Mitgliedschaft und Mitarbeit in der GdP. Hartmut Krämer gratuliert Sabine Krause von der Kreisgruppe LBPA/Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz.

Alles Gute für die Zukunft!

GdP-Grillfest in Schwerin-Neumühle

Am 16. Juni 2016 trafen sich nach Dienstende GdP-Mitglieder des LPBK und des Innenministeriums zu einem Grillfest in Schwerin-Neumühle. Es ist nicht einfach, in einer Behörde, die landesweit disloziert ist, persönliche Begegnungen zu organisieren und so nutzten die Kollegen aus unterschiedlichen Standorten und Arbeitsbereichen des LPBK und des Innenministeriums die Gunst der Stunde.

Bei bestem Wetter und guter Verpflegung trafen wir uns zum zwanglosen Gespräch auf dem Gelände der Fahrbereitschaft. Neben guter Unterhaltung konnten Interessierte unter kundiger Anleitung mit luftdruckbetriebenen Sportschützenwaffen schießen.

Alles in allem ein gelungener Abend mit ausreichend Möglichkeiten, sich auch mal übergreifend auszu-

tauschen, so die Meinung aller Anwesenden.

Der Dank geht hierbei insbesondere an unsere GdP-Vertrauensleute, die dieses Grillfest ermöglichten.



KG GREIFSWALD

Glückwunsch

Vierzig Jahre sind das Alter der Jugend, fünfzig die Jugend des Alters. (Victor Hugo)

In diesem Sinne wünschen wir unserem Kreisgruppenmitglied Michael Taute alles Gute zum 50. Geburtstag.

**Euer Vorstand
der KG Greifswald**



POLIZEI DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de

